

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 886 846 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB warnt vor Kürzungen im Sozialbereich: Deutschland darf nicht in Reformunfähigkeit zurückfallen.

Seite 1

Cornelia Sonntag MdB zum Tode von Axel Eggebrecht: Er wollte keine Ruhe geben.

Seite 3

Harald B. Schäfer MdB zur Umweltpolitik der Bundesregierung: Un erledigte Ankündigungen.

Seite 4

Peter Conradi MdB zur Reaktion der Bonner auf die Umzugsentscheidung des Bundestags: Raus aus dem Schmolliwinkel!

Seite 5

46. Jahrgang / 132

15. Juli 1991

### Deutschland darf nicht in Reformunfähigkeit zurückfallen

Wo wird die Bonner Koalition sparen?

Von Rudolf Dreßler MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Sozial- und Finanzpolitik werden in den nächsten Jahren die entscheidenden Felder der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Koalition auf der einen sowie der Opposition und vielen gesellschaftlichen Verbänden auf der anderen Seite sein. Auf diesen Feldern liegen auch die Bruchpunkte der Koalition, die harte koalitionsinterne Konflikte bergen. FDP-Chef Graf Lambsdorff hat in dieser Woche vorexerziert, wie derartige Konflikte vorbereitet, begonnen und ausgeglichen werden können. Formal ist ein solcher Konfliktkurs zwar absetzbar von den Auseinandersetzungen gegen Ende der sozial-liberalen Koalition, ein solcher Kurs ist auch in eine andere bundes- wie länderpolitische Landschaft eingebettet; aber inhaltlich geht der Konfliktstoff, gehen die Konfliktherde über das hinaus, was im Herbst 1982 zum Bruch führte.

Finanzwirtschaftlich bewegt sich der Bund auf einen Infarkt zu, der nicht durch wendige Kürzungsmanöver zu verhindern ist. Sozialpolitisch greift die Koalition auf eine Mischung aus Ausgaben- und Beitragserhöhungen einerseits und Leistungskürzungen andererseits zurück. Einheits- und Aufbauposten sollen im wesentlichen von der breiten Schicht der Normalverdiener finanziert werden, das wird vor allem dann überdeutlich werden, wenn die Mehrwertsteuer heraufgesetzt worden ist. Da ein ganz beträchtlicher Teil der Aufbau-Mittel in die Bildung von Investitionskapital und in die Verbesserung der Gewinnsituation von Unternehmen fließt - ohne vermögenspolitisches Gegenstück - steckt hier auch ein beträchtliches Umverteilungselement.

Das ist in nüchternen, dünnen Worten die Lage auf zwei Politikfeldern, die für die Existenz der Bürgerinnen und Bürger entscheidend sind.

Die Sozialdemokraten haben sich darauf vorzubereiten, ab Spätsommer und mit Beginn der Haushaltsberatungen im Bundestag mit aller Energie Einschnitte in die sozialen Leistungen abzuwehren. Denn es wird nicht bei der Einsparung von 1,6 Milliarden D-Mark über drei Jahre verteilt in die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen West bleiben. Nach der inneren Logik des Koalitionsverständnisses von Sozialpolitik soll es auch an die Einarbeitungszuschüsse für Langzeitarbeitslose gehen. Darüber hinaus wird der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit wieder Gegenstand von Manipulationsversuchen sein. Und was

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfachen-Verfahren  
mit verworfenen Rohstoffen  
Recycling-Paper



Koalitionsvertreter in die parlamentarische Beratung der zehnten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes, die im kommenden Jahr ansteht, alles an Kürzungen unterbringen wollen, ist überhaupt nicht abzusehen.

Für viele gibt es jedenfalls Grund, sich Sorgen zu machen, weil die Koalition eher bereit sein wird, bei Bedürftigen Pfennige einzusammeln als Unternehmern den Schreck zu ersparen, auf Steuersenkungen verzichten zu müssen.

Ferner wird im kommenden Jahr glasklar werden, daß das sogenannte Strukturgesetz für das Gesundheitswesen seine Sparziele total verfehlt und Kostensteigerungen längst die Annahme der Regierung über Ausgabenbegrenzungen weggespült haben. Da die Bundesregierung die Rentenrechtsangleichung West-Ost nicht durch Bundeszuschüsse auszupuffern bereit war, wird es neben Beitragsanhebungen in vielen Krankenkassen auch höhere Rentenbeiträge geben - vielleicht schon 1992, mit größter Wahrscheinlichkeit aber 1993.

Sozialpolitisch von Brisanz ist, daß Regierung, Koalition und Treuhänder nicht bereit sind, in den neuen Ländern jetzt beschäftigungspolitisch das zu tun, was möglich und notwendig wäre. Dies rächt sich. Dies rächt sich in der Weise eines länger andauernden Stützungsbedarfs für den Arbeitsmarkt Ost als es notwendig gewesen wäre. Was heute in der Frage der Beschäftigungsgesellschaften, der Qualifizierung, der Arbeitsmarktentlastung insgesamt verweigert wird, ist morgen als Arbeitslosengeld in die Haushalte von Bundesanstalt und Bund einzustufen.

Gleichzeitig kann die SPD nicht darauf verzichten, die gesellschaftlich geforderte Absicherung der Pflegebedürftigkeit im Alter solide und gerecht zu verwirklichen. Wir wollen das auch nicht. Diese Reform muß in der laufenden Legislaturperiode erreicht werden.

Wir stehen vor dramatischen Jahren. Startschuß für die Auseinandersetzungen waren die Subventions-Operation der vergangenen Tage und die Befassung des Kabinetts mit dem Haushalt '92 sowie dem, was noch von der mittelfristigen Finanzplanung übrig geblieben ist. Wer nicht will, daß Deutschland in die Reformunfähigkeit zurückfällt, weil Bundesregierung und Koalition die öffentlichen Finanzen verkommen ließen, sollte diese Auseinandersetzungen wach verfolgen, die sozialen Konsequenzen von Maßnahmen bedenken und vergleichen, was von den streitenden Parteien vorgelegt wird. Die Sozialdemokraten gehen in den Dauer-Clinch programmatisch und personell gut ausgestattet.

(-/15. Juli 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Er wollte keine Ruhe geben**

**Zum Tode von Axel Eggebrecht**

**Von Cornelia Sonntag MdB  
Sprecherin des SPD-Parteivorstandes**

Der Journalist und Autor Axel Eggebrecht ist im Alter von 92 Jahren gestorben. Mit ihm verlieren wir einen streitbaren, klugen und liebenswerten Mann, der sich bis in seine späten Jahre hinein dem Kampf für den kritischen Journalismus und gegen jegliches Duckmäusertum verschrieben hatte. Axel Eggebrecht gehörte zugleich auch zu den kritischen Geistern, die von außen her das politische Geschehen mit Leidenschaft und - wo es ihnen nötig erscheint - auch mit Ingrim behagten, beobachten und kommentieren. Er ließ sich nicht einordnen, in kein parteipolitisches Korsett zwingen. Er war ein Linker im besten Sinne des Wortes: Stets voller Mißtrauen gegen herrschende Verhältnisse und Apparate, wütend über Menschen und Entwicklungen, die sich dem gesellschaftlichen Fortschritt in den Weg stellen.

Im Berlin der zwanziger Jahre hatte sich Eggebrecht als Autor, Kritiker und Aufklärer einen Namen gemacht, unter anderem als Mitarbeiter von Siegfried Jacobsohns "Weltbühne". Die damals jungen Medien Funk und Film fesselten ihn. Als die Nationalsozialisten ein Schreibverbot gegen ihn verhängten, brachte er sich bis zum Ende des Hitler-Regimes mit dem Verfassen von Drehbüchern für Unterhaltungsfilme über die Runden.

Axel Eggebrecht ist aber vor allem einer der Väter des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks. Maßgeblich hat er nach 1945 am Aufbau des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) mitgewirkt. Er und seine Mitstreiter begründeten die neuen Rundfunkkultur nach den Zeiten des üblen Mißbrauchs für propagandistische Zwecke durch die Nazis. Nie wieder - so das Credo - sollte der Rundfunk in die Dienste des Staates gestellt werden, ebensowenig aber den Interessen einzelner Betreiber unterliegen. Mit Glossen, Kommentaren und Hörspielen hat er sich in den Jahren danach profiliert. Seine Arbeit war so etwas wie ein permanenter Kampf gegen die Verdrängungs-Künste der Gesellschaft im Nachkriegsdeutschland. Berühmt wurden seine Berichte über den Frankfurter Auschwitz-Prozeß.

Eggebrecht war zugleich Vorbild und Lehrer für eine ganze Generation von Rundfunkjournalisten. Nicht nur in der Zeit, als er das Nachwuchsstudio des Norddeutschen Rundfunks leitete (1963-1971). Noch viel später nahmen sich junge Reporter und Kommentatoren seine unnachahmliche Art, mit dem Mikrophon umzugehen, zum Maßstab. Er war der Meister der freien Rede. Axel Eggebrecht besaß im hohen Alter immer noch das seltene Talent, unbefangenen und ungekünstelt mit jungen Leuten zu debattieren - ob es sich nun um rebellierende Studenten handelte oder Jugendliche bei einer Veranstaltung zur Rundfunkfreiheit. Wenn er vom Podium aus erklärte und gestikulierte, staunten seine Zuhörer über seine geistige Beweglichkeit, seinen Witz und seine Vitalität, vor allem aber über seine Fähigkeit, sich über das, was ihm mißfiel, aufzuregen. Längst nicht alle seine Hoffnungen auf die rasche Entwicklung demokratischen Bewußtseins haben sich erfüllt. Aber er resignierte nicht, sondern schrieb und sprach sich seine Enttäuschung von der Seele. Im Alter von 80 Jahren gab er ein Buch unter dem Titel "Die zornigen alten Männer" heraus. Sein Zorn war nicht bitter, sondern lebhaft und immer noch von Optimismus durchwirkt.

Nach der Wende in der DDR war er wieder dabei: Als Redner, als Prediger für die frisch entdeckte presse- und Informationsfreiheit. Wer ihn noch vor nicht allzu langer Zeit als 91jährigen beispielsweise bei einer Schweriner Veranstaltung zur Zukunft des Rundfunks mit einem brillanten Beitrag erlebt hat, der weiß, was wir an ihm verloren haben: Einen großen alten Mann, der bis zum Schluß keine Ruhe geben wollte.

(-/15. Juli 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Unerledigte Ankündigungen**  
Zur Umweltpolitik der Bundesregierung

Von Harald B. Schäfer MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Entgegen den Ankündigungen in der Regierungserklärung und den Koalitionsvereinbarungen ist die Umweltpolitik derzeit weiter denn je davon entfernt, einen Schwerpunkt der Regierungsarbeit zu bilden. Im Gegenteil: durch die berechtigten Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands werden die ökologischen Probleme in den Hintergrund gedrängt und von der Regierung vernachlässigt. Darüber können auch die stets forschenden Reden des Umweltministers nicht mehr hinwegtäuschen.

Einige herausragende Beispiele:

Im November letzten Jahres hat die Bundesregierung einen Grundsatzbeschluss zur Reduzierung der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emission um 25 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2005 gefaßt. Dieser Beschluss wurde in den Koalitionsvereinbarungen erneut bekräftigt und mit der Ankündigung verknüpft, bis zur Sommerpause 1991 einen Entwurf für eine CO<sub>2</sub>-Abgabe vorzulegen. Weder CO<sub>2</sub>-Abgabe/Klimaschutzsteuer noch andere Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Minderung (Neues Energiegesetz, Höchstverbrauchswerte für Kfz, Umwandlung der Kfz-Steuer in eine Schadstoffsteuer, verbesserte Wärmedämmstandards) liegen auch nur als Entwürfe vor. Der Energieverbrauch und mit ihm die klimaschädlichen Emissionen steigen unterdessen weiter.

Um große Worte ist der Bundesumweltminister dennoch nie verlegen. Der Ausstoß von Kohlendioxid sei "für viele Länder der Welt schlimmer als Krieg" (Töpfer am 25.6.91 in der Frankfurter Paulskirche). Wenn dies zutrifft, dann ist die Bundesrepublik Deutschland - gemessen am CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf - einer der größten Kriegstreiber in diesem Umweltkrieg gegen die Dritte Welt. Die Tatenlosigkeit der Bundesregierung zur Reduzierung des Energieverbrauchs ist ein Verbrechen gegen die Menschheit.

Zunächst für März 1991 und dann bis zur Sommerpause war die Verabschiedung eines Abfallabgabengesetzes in Aussicht gestellt. Obwohl dieses Vorhaben sowohl von der Opposition wie von den Bundesländern grundsätzlich unterstützt wird, steht ein Kabinettsbeschluss weiterhin aus. Einzelne Bundesländer haben darum im Vorgriff bereits eigene Abfallabgabengesetze verabschiedet. Obwohl noch kein Gesetzentwurf vorliegt, benutzt der Bundesumweltminister das imaginäre Gesetz als "Wundertüte": alle Ansprüche auf Haushaltsmittel für dringend erforderliche Altlastensanierungen vor allem in den Ostländern werden wie zuletzt in den thüringischen Uranabbaugebieten der inzwischen bundeseigenen Wismut-AG auf das Aufkommen aus der Abfallabgabe vertröstet.

Weitere unerledigte Ankündigungen:

- TA-Siedlungsabfall: angekündigt bis Ende 1990, dann bis Mitte 1991.
- Novelle Klärschlammverordnung: Novellierung als Folge einer EG-Richtlinie aus dem Jahr 1986 hätte bis 1989 erfolgen müssen.
- Einführung des Gaspindelverfahrens an Tankstellen zur Reduzierung der gesundheitsgefährdenden Benzol-Dämpfe: angekündigt seit November 1989, bisher von der Bundesregierung nicht verabschiedet.

- Einführung einer Abgassonderuntersuchung für Kat-Pkw zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit des Katalysators: erstmals angekündigt 1986, Verabschiedung zuletzt für Juni 1991 in Aussicht gestellt.
- Druckerzeugnisse-Verordnung (Verpflichtung zur Rücknahme von Altpapier): Vorlage angekündigt für spätestens 1.7.1991.

Es sind Zweifel angebracht, ob die Bundesregierung in der Umweltpolitik noch handlungsfähig ist. Wichtige Vorhaben werden offenbar im Streit zwischen den Ressorts und innerhalb der Koalition blockiert. Der Umweltminister scheitert nicht nur mit wichtigen Reformprojekten, es gelingt ihm nicht einmal Anschläge auf das erreichte Umweltschutzniveau wie durch das sogenannte Beschleunigungsgesetz abzuwehren. Wo die Basis gegen die Reformunfähigkeit aufmuckt, wie in der CSU jüngst mit der Einsicht in die Notwendigkeit einer Geschwindigkeitsbegrenzung geschehen, wird sie mundtot gemacht. Auch im Streit um die Geschwindigkeitsbegrenzung wartet man vergebens auf ein klares Wort des Umweltministers. Wer aber zur Geschwindigkeitsbegrenzung als notwendige Sofortmaßnahme gegen Unfalltod und Sommermog schweigt, dessen Engagement für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik ist von vornherein unglaubwürdig.

(-/15. Juli 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Raus aus dem Schmollwinkel!**

**Zur Reaktion der Bonner auf die Umzugsentscheidung des Bundestages**

**Von Peter Conradi MdB  
Mitglied des Ältestenrats**

Die Entscheidung des Bundestages, den Sitz von Parlament und Regierung nach Berlin zu verlegen, ist für Bonn schmerzlich. Viele Menschen, die für Parlament und Regierung arbeiten, haben sich auf eine Zukunft in Bonn eingerichtet. Sie fragen sich: Was wird aus uns? Schulpflichtige Kinder, Haus- und Grundbesitz, berufstätige Ehepartner, pflegebedürftige Angehörige - das sind konkrete Probleme, die nicht mit Achselzucken abgetan werden dürfen. Die Umzugspläne müssen sozialverträglich sein. Alle Betroffenen haben Anspruch darauf, daß ihnen bei ihren persönlichen Problemen geholfen wird. Die wichtigste Hilfe für die Region Bonn sind jetzt konkrete Konzeptionen für neue Institutionen in diesem Raum. Davon ist aus Bonn und Düsseldorf leider bisher wenig zu hören.

Bei allem Verständnis für den Zorn der Bonner: In der Diskussion der letzten Wochen gibt es Töne, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen:

- Der Vorwurf, der Bundestag habe sich rücksichtslos über die Interessen der Beschäftigten von Parlament und Regierung hinweggesetzt, ist erstaunlich. Bundesregierung und Bundestag sind nicht Eigentum der dort Beschäftigten, auch nicht Eigentum der Abgeordneten und Minister. Ich habe dem Vorwurf, Bonn sei provinziell, immer widersprochen. Die Auffassung, Bundestag und Bundesregierung gehöre den dort Beschäftigten, ist allerdings provinziell.

- Die Meinung von einigen Beamten und unkündbaren Angestellten, der lebenslange Kündigungsschutz schließe einen Anspruch auf den lebenslangen Arbeitsplatz am selben Ort ein, ist rechts- und realitätsfern. Es gibt Beschwerdebriefe junger Bonner Beamter, die ein erschreckendes Maß an Unbeweglichkeit erkennen lassen. In unserem Land müssen viele Menschen wegen Arbeitslosigkeit einen Arbeitsplatz an einem anderen Ort suchen. Dagegen ist das Los der Beamten und unkündbaren Angestellten des Bundes in Bonn nicht unmenschlich. Es ist unpopulär, beim öffentlichen Dienst an das Wort Dienst zu erinnern, aber wer die Rechte des öffentlichen Dienstes für sich in Anspruch nimmt, muß auch seine Pflichten leisten. Das kann im Einzelfall eine Versetzung bedeuten, möglicherweise Wochenendpendeln für einige Zeit. Es gibt Schlimmeres.

Bonn war bisher eine Insel der Seligen. Arbeitslosigkeit, Betriebsschließungen und Betriebsverlegungen hat es hier bisher kaum gegeben. So ist eine ruhige Mentalität entstanden, die gelegentlich offenbar nicht nur räumlich unbeweglich geworden ist.

Die Menschen außerhalb Bonns haben Verständnis für die Sorgen der BonnerInnen. Aber es gibt Auswüchse in der Diskussion, die außerhalb Bonns auf ungläubiges Staunen stoßen. Abgeordnete, die für Berlin gestimmt haben, werden angerempelt, Wirte erklären solche Gäste für unwillkommen, Mitarbeiter kündigen "Dienst nach Vorschrift" an. Die Forderung des Beamtenbundes, die Bonner Beamten sollten auf Wunsch mit 45 frühpensioniert werden, ist der Höhepunkt. Wenn diese Diskussion weitergeht wie in den vergangenen Wochen, droht Bonn, die Lachnummer der Republik zu werden. Wollen die Bonner die Argumente gegen Bonn als Hauptstadt jetzt im nachhinein bestätigen?

Bonn braucht die Hilfe des Bundes, aber diese Hilfe wird nicht durch Motzen und Schmoilen, sondern durch konstruktive Vorschläge mobilisiert.

(-/15. Juli 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*